

Satzung

§1 Name, Rechtsform, Sitz

1. Die Stiftung führt den Namen: „Wilhelm-von-Humboldt-Stiftung“. Sie ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts und hat ihren Sitz in Berlin.

§2 Stiftungszweck

1. Zweck der Stiftung ist die Bewahrung, die Förderung und der Schutz

a) der geschlechtlichen, sexuellen und partnerschaftlichen Gesundheit.

b) der geschlechtlichen, sexuellen und partnerschaftlichen Selbstbestimmung.

c) des Bewusstseins von Geschlechtlichkeit, Sexualität und Partnerschaft als elementaren Bestandteilen der menschlichen Natur bzw. des menschlichen Lebens und damit der allgemeinen und gesundheitlichen Lebensqualität.

d) des Verständnisses für und des Wissens über die Grundlagen geschlechtlicher, sexueller und partnerschaftlicher Gesundheit und (Beziehungs-) Zufriedenheit.

e) der Prävention, Erkennung, Behandlung und Rehabilitation geschlechtlicher, sexueller und partnerschaftlicher Störungen.

f) der Prävention, Erkennung, Behandlung und Rehabilitation von Einschränkungen der geschlechtlichen und sexuellen Selbstbestimmung.

durch unabhängige sexualwissenschaftliche und sexualmedizinische Forschung, Klinik und Lehre im nationalen und internationalen Bereich. Die Stiftung dient damit der Förderung von Wissenschaft und Forschung, der öffentlichen Gesundheitspflege sowie der Bildung.

2. Bewahrt, gefördert und geschützt werden soll der Stiftungszweck durch wissenschaftliche Forschung, klinische Versorgung und fachliche Ausbildung auf folgende Art und Weise:

a) Forschung: Förderung von sexualwissenschaftlichen und sexualmedizinischen Forschungsvorhaben zur Vermehrung des Wissens über die Inhalte des Stiftungszwecks sowie zur Gewinnung einer empirisch fundierten Datengrundlage für die Erfüllung des Stiftungszweckes. Dies kann z.B. geschehen in Form der Vergabe von Stipendien oder sonstigen Formen der Forschungsförderung nach definierten und für die Öffentlichkeit zugänglichen Vergabekriterien. Forschungsergebnisse werden zeitnah veröffentlicht.

b) Klinik: Förderung von sexualtherapeutischen Versorgungsangeboten, insbesondere sexualmedizinischer Diagnostik und Behandlung bei geschlechtlichen (d.h. die Geschlechtszugehörigkeit betreffenden), sexuellen und partnerschaftlichen Störungen. Des Weiteren Förderung der Qualitätskontrolle sexualmedizinischer Versorgungsleistungen durch die Einrichtung von fachspezifischen Supervisions- und Selbsterfahrungs-Angeboten. Dies kann z.B. geschehen durch Förderung konkreter Behandlungs- und Supervisionsangebote durch einschlägig qualifizierte Einrichtungen oder Therapeuten.

c) Lehre: Förderung von Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich Sexualwissenschaft, insbesondere durch die Förderung von sexualwissenschaftlichen und sexualmedizinischen Lehrveranstaltungen an Hochschulen und anderen Ausbildungsstätten, durch postgraduelle, sexualmedizinische Fort- und Weiterbildungskurse, durch Fachvorträge und Fachpublikationen sowie durch sonstige Mitteilungen und Publikationen im Rahmen einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit in Sinne des Stiftungszwecks. Dies kann z.B. geschehen durch die Finanzierung von Dozenten-honoraren für Lehrveranstaltungen, Vorträge, Seminare, Workshops sowie durch Finanzierung von Internetangeboten, Informationsbroschüren, Zeitschriften und Büchern.



3. Der Stiftungszweck wird des Weiteren verwirklicht durch die jährliche Ausschreibung eines Preises für besondere Verdienste um den in der Satzung definierten Stiftungszweck.

Die Verleihung des Preises erfolgt nach definierten und für die Öffentlichkeit zugänglichen Vergabekriterien an Personen, die durch großen Einsatz als engagierte Unterstützer, Mitarbeiter oder auch Betroffene in von der Stiftung geförderten Vorhaben und Projekten einen besonderen Anteil an der Erfüllung des Stiftungszweckes beigetragen haben.

Der Stiftungspreis wird jährlich am 22. Juni (Geburtsdatum von Wilhelm von Humboldt: 22.6.1767) verliehen.

Die Höhe des Stiftungspreises beträgt ein Prozent des Stiftungsertrages des Vorjahres, soweit dies mit den übrigen Aufgaben der Stiftung vereinbar ist.

Der Stiftungspreis kann im Ganzen, halbiert oder gedrittelt verliehen werden.

§3 Stiftungsaufgabe

1. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO).

2. Die Stiftung kann – entsprechend den Regelungen in der Abgabenordnung – an der Unterstützung und der Beschaffung von Mitteln für andere steuerbegünstigte Körperschaften, Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie ausländische Körperschaften zur Verwirklichung der in §2 genannten Zwecke teilhaben.

3. Die Weiterleitung von Mitteln an Dritte erfolgt nur, sofern sich der Empfänger verpflichtet, jährlich spätestens drei Monate nach Abschluss eines jeden Geschäftsjahres einen detaillierten Rechenschaftsbericht über die Verwendung der von der Stiftung erhaltenen Mittel vorzulegen. Ergibt sich aus diesem Rechenschaftsbericht

nicht, dass mit diesen Mitteln ausschließlich die satzungsmäßigen Zwecke der Stiftung verfolgt werden oder kommt der Empfänger der Mittel der Pflicht zur Vorlage des Rechenschaftsberichtes nicht nach, so wird die Förderung durch die Stiftung unverzüglich eingestellt.

4. Der Stiftungsvorstand, erlässt bei Zustimmung des Kuratoriums Richtlinien über die Vergabekriterien für Stipendien und anderen Förderungen, die auch im Falle der Abänderung der vorherigen Zustimmung des Finanzamtes bedürfen.

5. Ein Rechtsanspruch auf Zuwendung von Stiftungsmitteln besteht nicht.

§4 Stiftungsvermögen

1. Die Stiftung ist mit einem Vermögen ausgestattet, dessen Höhe im Stiftungsgeschäft näher bestimmt ist.

2. Das Stiftungsvermögen kann durch Zuwendungen (Geldbeträge, Sachwerte, Rechte und sonstige Gegenstände) erhöht werden. Werden Spenden nicht ausdrücklich zum Vermögen gewidmet, so dienen sie ausschließlich und unmittelbar zeitnah den in §2 genannten Zwecken.

3. Das Vermögen der Stiftung ist in seinem Bestand zu erhalten. Es darf nur veräußert oder belastet werden, wenn von dem Erlös gleichwertiges Vermögen erworben wird. Zur Erreichung des Stiftungszweckes dienen grundsätzlich nur die Erträge des Vermögens sowie die Zuwendungen, soweit sie nicht nach Absatz 2 das Vermögen erhöhen.

4. Das Stiftungsvermögen ist sicher und ertragbringend anzulegen.

5. Die Stiftung ist berechtigt, im Rahmen der Bestimmungen der Abgabenordnung

a) Erträge aus der Vermögensverwaltung sowie sonstige zeitnah zu verwendende Mittel einer freien Rücklage zuzuführen;



b) zeitnah zu verwendende Mittel einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen, soweit und solange dies erforderlich ist, um ihre steuerbegünstigten Stiftungszwecke nachhaltig erfüllen zu können. Dies gilt insbesondere zur Finanzierung konkreter langfristiger Vorhaben.

6. Die Stiftung kann im Jahr ihrer Errichtung und in den zwei folgenden Kalenderjahren Erträge aus der Vermögensverwaltung und Gewinne aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben ganz oder teilweise ihrem Vermögen zuführen.

7. Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Stiftung darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

8. Bis zu einem Drittel des jährlichen Stiftungsertrages aus dem Anteil des jeweiligen Stifters kann dazu verwandt werden, in angemessener Weise den Stifter und / oder dessen nächste Angehörige zu unterhalten, ihre Gräber zu pflegen und ihr Andenken zu ehren.

§5 Organe der Stiftung

Organe der Stiftung sind erstens: das Kuratorium und zweitens: der Vorstand

Gleichzeitige Mitgliedschaft in beiden Organen ist nicht möglich.

§6 Stiftungsvorstand und Geschäftsführung

1. Der Vorstand besteht aus drei natürlichen Personen. Diese wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden für einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren; die beiden anderen Vorstandsmitglieder gelten als Stellvertreter.

2. Die Mitglieder des Vorstandes werden vom Kuratorium berufen und abberufen. Für den ersten Vorstand der Stiftung bestimmt das Kuratorium auch den Vorsitzenden.

3. Der Vorstand führt die Geschäfte der Stiftung nach einem vom Kuratorium vorgegebenen Geschäftsverteilungsplan. Er sorgt für die Erhaltung des Stiftungsvermögens und entscheidet über die Verwendung der Stiftungsmittel.

4. Zur gerichtlichen und außergerichtlichen Vertretung der Stiftung ist grundsätzlich jedes Vorstandsmitglied befugt. Im Innenverhältnis ist die Vertretungsbefugnis jedoch auf sein durch den Geschäftsverteilungsplan festgesetztes Ressort beschränkt, es sei denn, der Vorstand oder das Kuratorium bestimmt im Einzelfall anders.

5. Die Beschlüsse des Vorstandes werden in der Regel auf Sitzungen gefasst. Der Vorstand wird vom Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter nach Bedarf, mindest aber zweimal im Jahr unter Angabe der Tagesordnung und Einhaltung einer Frist von 4 Wochen zu einer Sitzung einberufen. Sitzungen sind ferner einzuberufen, wenn 2 Mitglieder des Vorstandes dies verlangen. Ein Vorstandsmitglied kann sich durch ein anderes Vorstandsmitglied vertreten lassen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens 2 Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Ladungsfehler gelten als geheilt, wenn alle Mitglieder anwesend sind und niemand widerspricht. Über einvernehmliche Beschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen und vom Sitzungsleiter und dem Protokollanten zu unterzeichnen. Sie sind den Mitgliedern des Vorstandes und dem Vorsitzenden des Kuratoriums zur Kenntnis zu bringen. Können Beschlüsse des Vorstandes nicht einvernehmlich herbeigeführt werden, sind sie im Wege der Abstimmung mit Stimmenmehrheit zu fassen. Beginn und Ende der Abstimmung sowie Inhalt und Mehrheitsverhältnisse zu den Beschlüssen sind zu protokollieren. Bei entschuldigter Verhinderung eines Vorstandsmitglieds ist dessen schriftliche Stimmabgabe möglich, die dem Vorsitzenden vor Ende der Sitzung vorliegen muss. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.



6. Dem Vorstand sollen Personen angehören, die besondere Kompetenz im Hinblick auf die Aufgaben zur Erfüllung des Stiftungszwecks aufweisen. Ein Mitglied soll in Finanz- und Wirtschaftsfragen sachverständig sein.

7. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben, die der Zustimmung des Kuratoriums bedarf.

8. Die Vorstandsmitglieder können ihr Amt ehrenamtlich ausüben und haben dann Anspruch auf Erstattung ihrer Auslagen. Reisekosten werden nur erstattet, wenn dadurch die nachhaltige Zweckerfüllung in dem jeweiligen Jahr nicht gefährdet wird. Sofern Sitzungsgelder oder Aufwandserschädigungen gezahlt werden, kann der Vorstand hierüber im Einvernehmen mit dem Kuratorium und zuständigen Finanzamt und der Stiftungsaufsichtsbehörde Richtlinien erlassen. Die Vorstandsmitglieder können ihr Amt auch in der Position des leitenden Angestellten ausüben, wobei die Ausgestaltung des Angestelltenverhältnisses durch das Kuratorium erfolgt.

9. Veränderungen innerhalb des Vorstandes werden der Aufsichtsbehörde unverzüglich angezeigt. Die Wahlniederschriften, die Annahmeerklärung und sonstigen Beweisunterlagen über Vorstandsergänzungen sind beizufügen.

10. Der Vorstand stellt rechtzeitig vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Geschäfts- und Wirtschaftsplan auf, der die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben enthält. Nach Abschluss des Geschäftsjahres erstellt der Vorstand innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist eine Jahresabrechnung mit einer Vermögensübersicht und einem Bericht über die Erfüllung des Stiftungszwecks.

§7 Vertretung der Stiftung

Die Vorstandsmitglieder bilden den Vorstand der Stiftung im Sinne der §§86, 26 BGB.

§8 Kuratorium

1. Das Kuratorium besteht aus fünf bis neun im Sinne des Stiftungszwecks qualifizierten natürlichen Personen.
2. Der Vorsitzende und die weiteren Mitglieder werden von den Stiftern auf unbegrenzte Dauer ernannt.
3. Wiederbesetzungen der Position des Vorsitzenden und der weiteren Mitglieder des Kuratoriums in der Folgezeit beschließt das amtierende Kuratorium mit einer drei Viertel Mehrheit.
4. Das Kuratorium tagt mindestens einmal im Jahr.

Die Mitglieder des Kuratoriums üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich und unentgeltlich aus. Sie haben jedoch Anspruch auf Ersatz ihrer notwendigen Auslagen. Reisekosten werden nur erstattet, wenn dadurch die nachhaltige Zweckerfüllung in dem jeweiligen Jahr nicht gefährdet wird.

§9 Aufgaben und Beschlussfassung des Kuratoriums

1. Das Kuratorium bestimmt den Vorstand gemäß §6 Abs. 2 der Stiftungssatzung und überwacht dessen Tätigkeit.
2. Es hat die Aufstellung und den Bericht gemäß §6 Abs. 10 zu prüfen und über die Entlastung des Vorstandes mit zwei Drittel Mehrheit alljährlich zu beschließen.



3. Das Kuratorium wacht über die Einhaltung des Stifterwillens und beschließt in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung.

4. Die Beschlussfassung durch das Kuratorium unterliegen insbesondere:

- a) Die Genehmigung des Haushaltsplanes und des Jahresabschlusses; sie hat mit zwei Drittel Mehrheit der Kuratoriumsmitglieder zu erfolgen
- b) Änderung dieser Satzung (siehe § 11)
- c) Auswahl der jährlichen Preisträger zur Preisverleihung gem. §2, Abs. 3

5. Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse kann das Kuratorium Sachverständige hinzuziehen.

6. Für die Beschlussfassung und die Sitzungen des Kuratoriums gelten die Bestimmungen der §6 Abs. 5 entsprechend mit der Abweichung, dass die regelmäßige Frist für Sitzungsladungen an alle amtierenden Kuratoriumsmitglieder mindestens ein Monat beträgt und mindestens die Hälfte von ihnen zur Sitzung erscheint.

§10 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr und beginnt am Tag der Anerkennung der Stiftung.

§11 Satzungsänderungen

Das Kuratorium kann die Satzung der Stiftung mit einer Mehrheit von mindestens drei Viertel aller Mitglieder ändern oder ergänzen, sofern dies zur Anpassung an veränderte Verhältnisse erforderlich ist. Das Kuratorium kann auch den Stiftungszweck ändern. Der geänderte Stiftungszweck muss jedoch im weitesten Sinne die Förderung von Zwecken umfassen,

die dem Grundsatz der Stiftungsgründung entsprechen und muss steuerbegünstigt sein. Die Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

§12 Auflösung

1. Über die Auflösung der Stiftung beschließt das Kuratorium mit einer Mehrheit von drei Viertel aller Mitglieder. Ein solcher Beschluss wird erst wirksam, wenn er von der Aufsichtsbehörde genehmigt ist.
2. Bei Aufhebung der Stiftung ist das Vermögen auf eine andere steuerbegünstigte Körperschaft oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts zu übertragen mit der Auflage, es unmittelbar und ausschließlich zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, der öffentlichen Gesundheitspflege und der Bildung zu verwenden.
3. Beschlüsse über die Verwendung des Vermögens bei Auflösung der Stiftung dürfen erst nach Einwilligung des zuständigen Finanzamtes ausgeführt werden.

§13 Stiftungsaufsicht

1. Die Stiftung unterliegt der Staatsaufsicht Berlins gemäß den Vorschriften des Berliner Stiftungsgesetzes (StiftG Bln).
2. Die Mitglieder der Stiftungsorgane sind nach §8 StiftG Bln verpflichtet, der Aufsichtsbehörde

- a) unverzüglich die jeweilige Zusammensetzung der Stiftungsorgane einschließlich der Verteilung der Ämter innerhalb der Stiftungsorgane anzuzeigen, zu belegen (Wahlniederschriften, Bestellungsurkunden, Annahme- bzw. Rücktrittserklärungen oder sonstige Beweisunterlagen) und die jeweiligen Anschriften der Stiftung und der Mitglieder des Vertretungsorgans mitzuteilen;



b) einen Jahresbericht (Jahresabrechnung mit einer Vermögensübersicht – Prüfungsbericht gemäß §8 StiftG Bln – und Bericht über die Erfüllung des Stiftungszwecks) einzureichen, und zwar soll dies innerhalb von drei Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres geschehen; der Vorstandsbeschluss über die Feststellung des Jahresberichts und der Kuratoriumsbeschluss nach §9 Abs. 2 sind beizufügen.

§14 Schlussbestimmungen

Diese Satzung tritt mit dem Tage ihrer Anerkennung in Kraft.

Dr. med. Reinhild Bartunek
Prof. Dr. med. Dr. phil. Klaus M. Beier
Dr. phil. Cornelia Kunkat
Prof. Dr. med. Kurt Loewit
Prof. Dr. med. Dr. jur. Reinhard Wille

